

Albrecht Kiedaisch

# Grundeinkommen statt Reform des Kapitalismus?

## Eine sympathische Idee und ihre fatalen Folgen

Die Abneigung gegen den Kapitalismus wächst. Man versucht überall, den Kapitalismus durch nachträgliche Umverteilung zu reparieren. Doch dass weiterhin ständig Mensch und Natur bedroht werden durch die Folgen einer wuchernden Wirtschaft, genauer: durch die Folgen Anlage suchender Gelder – diese Angst machende Seite der Globalisierung wird noch oft verdrängt. In den Vordergrund rückt dagegen etwa die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens, also einer vorgezogenen Umverteilung. Es wird womöglich sogar als große bewusstseinsgeschichtliche Herausforderung für die Menschheit der Gegenwart verstanden,<sup>1</sup> und mancher erhofft sich von ihm den Einstieg in eine weitergehende gesellschaftliche Reform. Doch ob diese stattfinden würde, ist sehr die Frage. Sicher ist aber, dass der Gedanke an eine derartige Reparatur den Blick auf das Notwendige behindert, auf ein Eindämmen des real existierenden Kapitalismus. Von diesem ist das für die Wirtschaft unverzichtbare Kapital durchaus zu unterscheiden.

Wer nach einem Grundeinkommen ruft, rechnet unter den heute gegebenen Umständen nicht nur mit dem in einer entwickelten Wirtschaft entstehenden und gleichzeitig für sie notwendigen Kapital. Er verlässt sich vielmehr auf den gängigen Kapitalismus. Dessen großer Nachteil ist es, dass er den durch das Kapital entstehenden gesellschaftlichen Reichtum nicht den Menschen und ihren Fähigkeiten zur Verfügung stellt, sondern dass durch seine Mechanismen sich die Geldmittel in den Händen weniger bündeln und ständig in die materielle Produktion zurückgestaut werden. Die Wirtschaft drückt einen Warenüberfluss in die Welt – nicht nur, weil wir sie beauftragt haben, das gerade so für uns zu tun, sondern vor allem nach den Kriterien einer abstrakten Kapitalrentabilität. Wer weiß, welche Waren er wirklich braucht und wer genügend Geld hat, kann auswählen. Die Mehrzahl hängt jedoch nicht nur vom bestehenden Angebot ab, sondern wird vielmehr von ihm geprägt. Wer nun auf ein Grundeinkommen setzt, erhofft sich den frei schaffenden Menschen einfach schon dadurch, dass jeder einen gewissen Zugang zu den im Überfluss produzierten Waren bekommt. Er vergisst aber, wie korrumpiert und gleichzeitig korrumpierend diese Warenauseite ist, und er greift damit im Sinne des eben Erwähnten

1 Vgl. z.B. Benediktus Hardorp: *Soziale Grundlage menschlicher Freiheit*, in: »Das Goetheanum«, Nr. 42/2006.

nach dem Schwanz des Stieres, den es am Nasenring zu führen gälte. Denn das Bewusstsein degeneriert immer mehr zu einer Funktion der Warenwelt.

Die rasant zunehmende Produktivität der Wirtschaft macht potentiell ein allgemeines ausreichendes Versorgtwerden möglich. Wachsende Produktivität ist eine Folge von Kapitaleinsatz. Da sie aber gleichzeitig die entsprechende dinglich produzierende Arbeit überflüssig macht, fordert man für die aus dem System gefallen Menschen arbeitslose Einkommen. Von wem fordert man sie? Letztlich doch von der Gesellschaft, vom Staat! Man meint, der Staat könne so etwas wie ein allgemeines Menschenrecht auf Versorgtsein durchsetzen, ohne dabei jemanden zu etwas verpflichten zu müssen. Man stützt sich darauf ab, dass »die Wirtschaft« ausreichende Einkommen sichert, und bedenkt dabei nicht, dass diese Einkommen z.B. durch Rationalisierungen aus der Wirtschaft herausverlagert wurden. Aus traditionellen Arbeitseinkommen sind Kapitaleinkommen geworden. Diese werden aber nicht nur der Wirtschaft entzogen, sondern in der Folge auch dem Staat. Er kann auf sie nicht einfach zugreifen. Kapitaleinkommen genießen nicht nur aus Prinzip eine Vorzugsbehandlung, sondern sie können auch nicht im großen Umfang über Ausgabensteuern (z.B. die Mehrwertsteuer) sozialpflichtig gemacht werden, einfach weil sie nicht ausgegeben, sondern von neuem investiert werden.

### **Der bestehende Kapitalismus ist keine Naturtatsache**

Wie soll unser hochverschuldeter Staat in Zukunft also »freie« Einkommen garantieren unabhängig von dem durch das Kapital gegebenen Wertzuwachs? Seine Fähigkeit, Geldscheine zu drucken, wird ein Grundeinkommen gegebenenfalls nicht daran hindern, unter die Armutsgrenze zu fallen!

Im Einheitsstaat vermischt sich alles. Abhängigkeiten und Machtansprüche durchdringen sich. So ergibt sich das sprechende Phänomen, dass nicht nur ursprünglich sozialistisch Gesinnte, die den Kapitalismus sozial ausgleichen wollen, in den Ruf nach einem Grundeinkommen einstimmen, sondern auch Kapitalismus-Befürworter. Der eine erwartet vom Sozialstaat ein arbeitsloses Einkommen, das der andere in Form von Kapitalerträgen schon hat, die ihm der kapitalistisch ausgerichtete Staat auch nicht nehmen wird.

Der bestehende Kapitalismus ist keine Naturtatsache, die man hinzunehmen hat und bei dem man in der Not auf Fallobst hofft! Er entspricht einem Gemisch aus Sinnvollem und Explosivem,

und es entsteht die Frage, ob und wie man ihn kultivieren will. Der unverzichtbare Teil ist seine Produktivkraft, der problematische die ständige Umverteilung von den Besitzlosen zu den Besitzenden, also das »Stauen« des Kapitals, wie sich Rudolf Steiner ausdrückt. Die Arbeitersparnis in der produzierenden Wirtschaft ist selbstverständlich ein positiver Effekt und könnte Basis für ein freies Geistesleben sein – wenn durch alle Rationalisierung die freie Zeit zunehmen und die Einkommen gleich bleiben würden. Das tun sie aber nicht, weil sie mit wachsenden Einkommensansprüchen aus Besitztiteln konkurrieren müssen, Besitztiteln z.B. gerade an den Einrichtungen, mit denen rationalisiert wurde.

Alles, mit dem gearbeitet wird, vom Boden über Gebäude und Maschinen bis zum Wissen, ist heute nicht einfach nur neutrales Werkzeug. Sondern hinter diesem Realkapital stehen die Ansprüche von Dritten, in deren Besitz es ist und die nicht durch eigene Leistungen mit ihm verbunden sind. Als Gläubiger haben sie ganz unabhängig von der realen Abnutzung aller Produktionsmittel einen fortdauernden und unveränderlichen Anspruch auf den Kapitaleinsatz, und bei ihnen konzentrieren sich im Laufe der Zeit deshalb bekanntlich die finanziellen Mittel. Es gibt immer seltener den Unternehmer, der in Personalunion Kapitaleigner ist. Wirtschaftende Subjekte bis hin zu großen Konzernen sind in der Mehrzahl verschuldet und deshalb keineswegs Gewinner, sondern Verlierer im System! Wirtschaft ist also immer weniger gleich Kapital zu setzen. Wirtschaft braucht aber Kapital, und sie »bedient« es deshalb in unserem System über Zinsen, Dividenden und die Kapitaleinstanteile in den Mieten und Pachten.

Das ständige Absaugen von Geldern, die dann im sozialen Abseits zu wuchern beginnen, wird in der Statistik normalerweise nicht sichtbar. »Staat« und »Wirtschaft« hat man im Auge, so etwas wie »Geistesleben« fehlt. Man spricht z.B. von einer Staatsquote von 50 Prozent. Man vergleicht die über den Staat verdienten mit den in der Wirtschaft verdienten Einkommen, wobei beide Posten etwa gleich hoch sind. Nicht erfasst werden aber die Kapitalkosten sowohl des Staates als auch der Wirtschaft, die letzten Endes über Steuern und Preise jeder von uns zu tragen hat. Ihnen entsprechen dann die außerhalb von Wirtschaft und Staat erzielten Einkommen. Generell entstehen ja nicht nur über Verschuldungen direkte Zinskosten. Diese sind auch in jeden Gebrauch von Dingen, die anderen gehören, selbstverständlich mit eingerechnet. Das Volkseinkommen halbiert sich also nicht,